

Verlorenes Vertrauen: Wann wird das Bundestransparenzgesetz Realität?

Bis Jahresende sollen Transparenzgesetz-Pläne von Faeser umgesetzt werden - Ampel-Koalition kämpft um Vertrauen und Demokratie.

Transparenzgesetz: Ein wichtiger Schritt für die Demokratie

In der politischen Landschaft ist Transparenz ein entscheidender Aspekt, um das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Prozesse zu stärken. Genau aus diesem Grund wurde das <u>Bundestransparenzgesetz von der Ampel-Koalition als zentrales Vorhaben vereinbart. Doch das Gesetz, das im Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) erarbeitet wird, hat bisher noch nicht einmal als Entwurf das Licht der Welt erblickt.</u>

Die Forderung nach mehr Transparenz wird nicht nur von Politikern, sondern auch von Vereinen der Zivilgesellschaft unterstützt. Ein Bündnis von Vereinen übergab kürzlich 50.000 Unterschriften an Grünen-Fraktionsvize Konstantin von Notz, um den Druck auf eine schnelle Umsetzung des Transparenzgesetzes zu erhöhen. Marie Jünemann vom Verein "Mehr Demokratie" betont, dass das Gesetz entscheidend ist, um verlorenes Politikvertrauen wiederherzustellen.

Die Verzögerung bei der Umsetzung des Transparenzgesetzes hat auch innerhalb der FDP für Verwunderung gesorgt. Während viele Bundesländer bereits eigene Transparenzgesetze verabschiedet haben, hinkt der Bund hinterher. Konstantin von

Notz mahnt zur Eile und fordert eine zügige Erarbeitung und Vorlage des Entwurfs für das Bundestransparenzgesetz.

Obwohl eine Arbeitsgruppe im Ministerium bereits einen weitreichenden Vorschlag präsentiert hat, scheint das Transparenzgesetz für Ministerin Faeser bisher keine Priorität zu haben. Es wird befürchtet, dass das Gesetz abgeschwächt werden könnte, um den Aufwand für die Umsetzung zu verringern.

Trotz der Verzögerungen gibt es immer noch die Hoffnung, dass das Transparenzgesetz bis zum Ende des Jahres verabschiedet werden kann. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigte, dass an einem Referentenentwurf gearbeitet wird und ein Kabinettsbeschluss bis Jahresende angestrebt wird.

Die Zeit drängt, denn es bleiben nur noch neun Monate bis zur nächsten Bundestagswahl. Die zuständige Innenpolitikerin der SPD-Fraktion, Carmen Wegge, ist optimistisch, dass das Gesetz noch rechtzeitig umgesetzt werden kann. Mit dem Transparenzgesetz wäre ein wichtiger Schritt getan, um die Demokratie zu stärken und das Vertrauen der Bürger zurückzugewinnen.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de